



Yvonne Feri Ihre Nationalrätin Ihre Stimme



Nationalrat

Conseil national

Consiglio nazionale

Cussegl naziunal



Bern, 14. Dezember 2018

Bericht aus der Session – Nummer 29 Rückblick auf die Wintersession

Geschätzte Damen und Herren,
Liebe Kolleginnen und Kollegen

Der Dezember ist nicht nur für Sie, liebe Leserinnen und Leser, eine besondere Zeit, sondern auch für uns Parlamentarierinnen und Parlamentarier. Die letzte Session des Jahres zeichnet sich gewöhnlich durch **längere Budgetdiskussionen und verschiedene Feiern** aus.

In diesem Jahr gehören sicherlich die **Ersatzwahlen für den Bundesrat** zu den herausragenden Ereignissen der Session. Ich freue mich ausserordentlich, dass zwei sehr kompetente Frauen neu unserem Bundesrat angehören. Es ist das erste Mal, dass zwei Frauen gleichzeitig gewählt werden – und als besondere Sensation beide im ersten Wahlgang! So hat die Schweiz in ihrer Geschichte nun (endlich) 9 statt (nur) 7 weibliche Mitglieder des Bundesrates zu verzeichnen. Noch immer eine überschaubare Zahl, wenn man bedenkt, dass die Frauen seit bald 50 Jahren wählbar sind. Nichtsdestotrotz ist es ein Fortschritt. Als nächste zu wählende Bundesrätin wünsche ich mir eine Familienfrau mit nicht-erwachsenen Kindern. Sie würde noch einmal einen ganz neuen Blickwinkel in das Gremium bringen. Aber jetzt ist erst einmal Freude über die neue Zusammensetzung angesagt.

Es freut mich ebenfalls, dass mit **Marina Carobbio** für das angebrochene parlamentarische Jahr eine Frau aus dem Tessin den Nationalrat präsidiert. Sie ist die erste Sozialdemokratin aus diesem Kanton in diesem Amt. Zu ihren Aufgaben gehört die Leitung der Sitzungen der grossen Kammer, sie legt im Rahmen der Sessionsplanung die Tagesordnung des Rates fest, leitet das Ratsbüro und vertritt den Rat gegen aussen. Gemeinsam mit anderen Parlamentarierinnen und Parlamentariern habe ich an der Feier für Marina Carobbio in Bellinzona teilgenommen. Sie betonte in ihrer Antrittsrede, dass es ein Ziel sein muss, mehr Frauen in der Politik zu haben. So ist sie auch verantwortlich für die neue Webseite [Politfrauen](#). Eine gute Idee, die Frauen ermutigen soll, sich vermehrt politisch einzubringen. Ich nehme sie als engagierte Gleichstellungsfrau wahr, die ihren



Worten auch Taten folgen lässt. Dies hat sie bereits an ihrem ersten Tag bewiesen, indem sie einer Damen-Sängerinnengruppe einen Auftritt im Bundeshaus ermöglichte.

Wie bereits einleitend geschrieben, gehören auch langwierige Budgetdiskussionen zur Wintersession. So will der Nationalrat mehr Geld in Bildungs- und Forschungsstätten investieren als es der Bundesrat tun will. Weiter hält aber der Nationalrat an Kürzungen für 2019 fest. Beispielsweise bei der Finanzkontrolle, dem Bundesamt für Gesundheit, bei den Mitteln für die Sozialhilfe für Asylsuchende, vorläufig aufgenommene und Flüchtlinge. Die Mehrheiten bei den Abstimmungen waren teilweise sehr knapp. Wie in jedem Jahr ist es eine Herausforderung den verschiedenen Interessen gerecht zu werden und trotzdem zu einem Schluss zu kommen. So funktioniert unsere Demokratie.

Weitere ausgewählte Themen in diesem Sessionsbericht:

- UNO-Migrationspakt
- Klima
- Gleichstellung
- Meine persönlichen Geschäfte

Nun verbleibe ich mit den besten Wünschen für eine besinnliche Adventszeit, gemütliche Feiertage und einen Guten Rutsch. Hoffentlich haben Sie Gelegenheit, schöne Stunden mit Familie, Freundinnen und Freunden zu verbringen.

Herzlichst Ihre

Yvonne Feri
Nationalrätin SP/AG
Präsidentin Stiftung Kinderschutz Schweiz



14.12.2018

Aus dem Nationalrat

Bericht aus der Session

Nummer 29

Rückblick auf die

Wintersession...

BUNDESRATSWAHLEN: Die Schweiz hat zwei neue Bundesrätinnen. Die Vereinigte Bundesversammlung wählte die Walliser CVP-Nationalrätin Viola Amherd und die St. Galler FDP-Ständerätin Karin Keller-Sutter in die Landesregierung. Es ist das erste Mal, das gleichzeitig zwei Frauen in den Bundesrat gewählt worden sind. Damit sitzen künftig wieder drei Frauen im Bundesrat. Mit Spannung war die Wahl der Nachfolge von CVP-Bundesrätin Doris Leuthard erwartet worden. Mit Amherd hatte die Fraktion eine gestandene Bundespolitikerin nominiert. Gleichzeitig hob sie die bis dahin auf dem nationalen Politparkett kaum bekannte Urner Justizdirektorin Heidi Z'graggen auf den Schild. Das Parlament wählte Amherd dann aber im ersten Wahlgang mit 148 von 240 Stimmen, Z'graggen kam auf 60 Stimmen. Weniger überraschend verlief die Ersatzwahl von FDP-Bundesrat Johann Schneider-Ammann. Favoritin Keller-Sutter setzte sich ebenfalls im ersten Wahlgang gegen den Nidwaldner Ständerat Hans Wicki durch. Sie kam auf eine ebenfalls glanzvolle Stimmenzahl von 154 Stimmen. Wicki bekam 56 Stimmen.

Kommentar: Es ist uns gelungen endlich ohne Nebengeräusche zwei Frauen zu wählen. Ich bin überzeugt davon, dass die Diskussionen um Quoten und sich immer wiederholende Forderungen nun ausgezahlt haben. Nur so erreichen wir das Ziel einer geschlechtergerechten Vertretung. Leider erfordert es auch hin und wieder den Verzicht eines einzelnen Mannes, aber schlussendlich erzielen wir damit einen Gewinn für alle.

MIGRATION: Aussenminister Ignazio Cassis hat in der Fragestunde des Nationalrates zum Uno-Migrationspakt und zum Uno-Flüchtlingspakt Stellung genommen. Er wies den Vorwurf zurück, das Parlament übergangen zu haben. Das Parlament sei im Verlauf des Prozesses verschiedentlich informiert und einbezogen worden, sagte Cassis - namentlich im Rahmen der Information über die Prioritäten der Schweiz für die 72. Uno-Generalversammlung, im ausserpolitischen Bericht sowie im Bericht zur Migrationsausserpolitik. Über den Uno-Flüchtlingspakt wird der Bundesrat noch im Dezember darüber entscheiden.

Der Nationalrat hat sich mit parlamentarischen Vorstössen zum Uno-Migrationspakt befasst. Der Uno-Migrationspakt wurde am 10. Dezember an einer Konferenz in Marrakesch formell verabschiedet. Die Schweiz nahm daran nicht teil, denn der Bundesrat hat beschlossen, den Ausgang der Debatten im Parlament abzuwarten. Der Ständerat fordert, dass nicht der Bundesrat, sondern das Parlament über die Zustimmung der Schweiz entscheidet. Dieser Ausgang zeichnet sich auch im Nationalrat ab. So könne sich das Parlament vertieft mit dem Migrationspakt beschäftigen, lautete der Tenor.

Kommentar: Wir können die Migrationsprobleme nur weltweit lösen. Mit dem Pakt hätten wir einen ersten Schritt gewagt. Die Schweiz hätte nur minime Anpassungen vornehmen müssen, beispielsweise bei der Administrativhaft von Minderjährigen. Der Bundesrat hat nun beschlossen,



den Pakt dem Parlament vorzulegen. Er wird und also auch weiter beschäftigen. Aus meiner Sicht haben wir hier eine Chance verpasst.

KLIMA: Nein zum CO₂-Gesetz: Nach über zehn Stunden Beratungen hat der Nationalrat die Vorlage abgelehnt. Er hatte sie zuvor derart verwässert, dass die Ratslinke nichts mehr damit anfangen konnte. Die SVP war von Beginn weg dagegen gewesen. Der Entscheid fiel mit 92 zu 60 Stimmen bei 43 Enthaltungen. Die Ablehnung kommt einem Nichteintreten auf das Gesetz gleich. Die

Vorlage geht nun an den Ständerat. Tritt er darauf ein, ist erneut der Nationalrat am Zug. Die Beratungen würden von vorne beginnen, alle bisherigen Entscheide sind hinfällig. Gescheitert ist die Vorlage vor allem daran, dass der Nationalrat bei der Reduktion der Treibhausgase auf den Kauf von Emissionszertifikaten im Ausland setzte. Er lehnte es ab, einen Inlandanteil im Gesetz zu verankern.
Kommentar: Ich habe mich bei der Abstimmung enthalten. Wir brauchen dringend ein Gesetz, aber keines in der Form,

Eine Frau ist nicht besser, sie ist anders.

Ursula von der Leyen

wie wir es jetzt beraten haben. Die Klimakonferenz findet ebenfalls zurzeit statt. «Jedes Jahr, in welchem wir nichts tun, kommt teurer».... So ist es. Unsere nachfolgenden Generationen würden es sicherlich schätzen, wenn umweltfreundlicher unterwegs wären. Gerade weil ich persönlich oft mit dem Flugzeug unterwegs bin, bin ich hier sehr sensibilisiert. Als Kompensation versuche ich mein Leben in allen anderen Bereichen möglichst «umweltfreundlich» zu gestalten.

GLEICHSTELLUNG: Grosse Unternehmen müssen künftig prüfen, ob sie Männern und Frauen gleich viel zahlen. Der Nationalrat hat beim revidierten Gleichstellungsgesetz die letzte Differenz ausgeräumt. Die Vorlage ist damit bereit für die Schlussabstimmungen am Ende der Session. Zuletzt war noch umstritten, ab welcher Schwelle die Pflicht zur Lohnanalyse gelten soll. Die Räte haben sich nun darauf geeinigt, Unternehmen ab 100 Beschäftigten zu verpflichten. Lernende werden nicht angerechnet. Der Nationalrat folgte mit 99 zu 88 Stimmen bei 4 Enthaltungen dem Ständerat. Mit der beschlossenen Schwelle müssen 0,9 Prozent der Unternehmen Lohnanalysen durchführen. Diese beschäftigen 46 Prozent der Arbeitnehmenden.

Kommentar: Endlich geht es vorwärts! Auch wenn das Gesetz kaum noch «Fleisch am Knochen» hat, ist dieser Schritt nun wichtig. Die Wirtschaft und Gesellschaft müssen die Gleichstellung endlich leben – und nicht nur davon reden. Die Schlussabstimmung hat das Geschäft überstanden – obwohl immer noch ein Drittel des Rates gegen diese Lösung ist. Unverständlich.

HÄUSLICHE GEWALT: Das Parlament stärkt den Schutz von Opfer von häuslicher Gewalt und Stalking. Es hat einem Gesetzesprojekt des Bundesrates zugestimmt. Der Nationalrat hat die letzte Differenz zum Ständerat ausgeräumt. Die meisten Änderungen im Zivil- und Strafrecht waren unbestritten. Zu den Massnahmen zählen etwa elektronische Fussfesseln für Stalker. Das Gesetz sieht vor, Kontakt- und Rayonverbote besser durchzusetzen. Zudem sollen weniger Strafverfahren im Zusammenhang mit häuslicher Gewalt eingestellt werden.

Kommentar: Ich bin sehr zufrieden, dass wir nach jahrelangen Forderungen nun ein Gesetz geschaffen haben, in welchem wir auch Stalking verankern konnten.



Persönliche Vorstösse und Geschäfte in der Wintersession:

- [18.1076](#) 2021: 50 Jahre Frauenstimmrecht in der Schweiz (Anfrage)
- [18.4121](#) Immer mehr Kinder werden im Internet von fremden Personen sexuell ange-macht. Was macht der Bundesrat? (Interpellation)
- [18.4122](#) Durch Wissen den Kinderschutz stärken (Interpellation)
- [18.4227](#) Nichtbezug in der Sozialhilfe (Interpellation)
- [18.4228](#) Zugang zu Verhütung für alle garantieren (Postulat)
- [18.4252](#) Parlamentarische Arbeit prüfen auf Vereinbarkeit von Beruf, Familie und Politik